



**Euro-Latin American Parliamentary Assembly
Assemblée Parlementaire Euro-Latino Américaine
Asamblea Parlamentaria Euro-Latinoamericana
Assembleia Parlamentar Euro-Latino-Americana**



**PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG EUROPA-LATEINAMERIKA
Ausschuss für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte**

15. Oktober 2009

VORLÄUFIG

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika mit Blick auf das sechste Gipfeltreffen im Mai 2010 in Madrid

Ko-Berichterstatter (EP): Ramón Jáuregui Atondo (S&D) und Renate Weber (ALDE)
Ko-Berichterstatterin (LAK): Vilma Reyes (Mittelamerika-Parlament)

Die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika mit Blick auf das sechste Gipfeltreffen im Mai 2010 in Madrid

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika,

- unter Hinweis auf die Erklärungen der fünf Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas und der Karibik sowie der Europäischen Union in Rio de Janeiro (28./29. Juni 1999), Madrid (17./18. Mai 2002), Guadalajara (28./29. Mai 2004), Wien (12./13. Mai 2006) und Lima (16./17. Mai 2008),
 - unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der 14. Ministertagung zwischen der Rio-Gruppe und der Europäischen Union, die am 13. und 14. Mai 2009 in Prag stattfand,
 - in Kenntnis der Gemeinsamen Mitteilung der Ministertagung im Rahmen des San José-Dialogs zwischen der Troika der Europäischen Union und den Ministern der mittelamerikanischen Länder, die am 14. Mai 2009 in Prag stattfand,
 - in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 30. September 2009 „Die Europäische Union und Lateinamerika: Global Players und Partner“ (KOM (2009)495/3, SEK (2009) 1227),
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙung und den Text vom 8. April 2009 zur Europäisch-Lateinamerikanischen Charta für Frieden und Sicherheit,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙungen vom 8. April 2009 zu Handel und Klimawandel, zur Wasserthematik in den Beziehungen zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik sowie seine DringlichkeitsentschlieÙung vom gleichen Tag zur Finanzkrise,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙungen vom 1. Mai 2008 zum Thema „Die Europäische Union und die Energiepolitiken Lateinamerikas“, zu dem Herausforderungen und Chancen der Doha-Runde sowie zum Thema „Armut und soziale Ausgrenzung“,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 20. Dezember 2007 zu den Beziehungen Europäische Union-Lateinamerika mit Blick auf den fünften Gipfel von Lima unter besonderer Bezugnahme auf die demokratische Regierungsführung,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙungen vom 20. Dezember 2007 zu den aus der Globalisierung erwachsenden Herausforderungen und Chancen für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der EU und Lateinamerikas sowie zu nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz in den Beziehungen zwischen den Ländern der EU und Lateinamerikas vor dem Hintergrund der globalen Erwärmung,
 - unter Hinweis auf seine Botschaften vom 1. Mai 2008 an das fünfte Gipfeltreffen EU-LAK und vom 13. Mai 2009 an die 14. Ministertagung Europäische Union/Rio-Gruppe,
 - gestützt auf Artikel 16 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte,
- A. in der Erwägung, dass es für beide Seiten von wesentlicher Bedeutung ist, die biregionale strategische Partnerschaft, die auf fünf vorangegangenen Gipfeltreffen beschlossen wurde, zu vollenden,

- B. in der Erwägung, dass es seit dem ersten Gipfeltreffen vom Juni 1999 in Rio de Janeiro beträchtliche Fortschritte gegeben hat, dass es aber dennoch weiterhin nicht unerhebliche Mängel in den drei Bereichen der Partnerschaft gibt, das heißt bei den politischen und sicherheitspolitischen Aspekten, den Handels- und Wirtschaftsaspekten und im Zusammenhang mit Fragen in den Bereichen Soziales, Umwelt, Wissen und Innovation sowie Geschlecht,
- C. in der Erwägung, dass die EU weiterhin der zweitwichtigste Handelspartner Lateinamerikas und der größte Investor in der Region ist und dass sie in den letzten zehn Jahren seit Gründung der biregionalen strategischen Partnerschaft im Jahr 1999 Projekte und Programme im Gesamtwert von mehr als 3 Mrd. EUR finanziert hat,
- D. in der Erwägung, dass sich in der letzten Zeit die politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen zahlreichen Ländern Lateinamerikas und anderen großen internationalen Akteuren intensiviert haben, einschließlich Russland, Indien, Iran und insbesondere China, das zum wichtigsten Handelspartner und größten Zielmarkt für Ausfuhren für verschiedene Länder der Region geworden ist, noch vor den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union,
- E. in Erwägung der geopolitischen und strategischen Auswirkungen dieser politischen und handelspolitischen Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der zunehmenden Intensität im Zusammenhang mit dem Zugang zu und der Versorgung mit Energieressourcen, Rohstoffen, Waffenverkäufen und Zugang zu Nukleartechnologie,
- F. in der Erwägung, dass die Verteidigungshaushalte der Länder Lateinamerikas nach einer vor kurzem veröffentlichten Studie des Stockholmer Instituts für Internationale Friedensforschung (SIPRI) von 29,1 Mrd. Dollar im Jahr 2003 auf 39 Mrd. Dollar im Jahr 2008 angestiegen sind, was eine bemerkenswerte Zunahme um etwa 36 % innerhalb von fünf Jahren bedeutet, wenn auch die Steigerungsraten in den verschiedenen Ländern der Region sehr unterschiedlich sind,
- G. in der Erwägung, dass die soziale Ungleichheit, die durch die derzeitige internationale Wirtschaftskrise noch verschärft wird, weiterhin die wichtigste Herausforderung darstellt, der sich die lateinamerikanischen Gesellschaften stellen müssen, und dass die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in erster Linie Anstrengungen der lateinamerikanischen Länder und Gesellschaften selbst erfordert,
- H. in der Erwägung, dass es derzeit in Lateinamerika mehr als 52 Millionen Menschen gibt, die Hunger leiden, etwa 6 Millionen mehr als 2008, weswegen die Nahrungsmittelsicherheit eine absolute Priorität für die nationalen Akteure, die Integrationsorganismen und die internationalen Organisationen sowie ihre Entwicklungszusammenarbeitsprogramme darstellen muss,
- I. in der Erwägung, dass der Aufschwung nach der weltweiten Rezession im Jahr 2010 noch langsam sein wird, und dass der Aufschwung, obwohl Lateinamerika von der Krise weniger stark betroffen wurde als andere Industrieländer und im Jahr 2010 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von fast 3 % aufweisen wird, sehr ungleich sein wird und dass die Wachstumsrate nicht ausreichen wird, um die sozialen Bedingungen der Bevölkerung signifikant zu verbessern, deren sozialer Schutz weiterhin sehr viel geringer ist als derjenige, den ihre europäischen Partner genießen,
- J. in der Erwägung, dass die Arbeitslosenquote in den Städten in beiden Regionen wegen der Krise zugenommen hat, weswegen es wichtiger denn je ist, menschenwürdige Arbeitsplätze

zu schaffen, dem zunehmenden Absinken der Arbeitsbedingungen als Folge der Krise ein Ende zu setzen und vor allem die Beschäftigung bei jungen Menschen zu steigern sowie für Lohngleichheit zu sorgen, insbesondere in Lateinamerika, einer Region, in der nach einer vor kurzem veröffentlichten Studie der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) Frauen etwa 17 % weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen und Menschen indigener oder afrikanischer Abstammung etwa 28 % weniger als ihre weißen Kollegen,

- K. in der Erwägung, dass es in Lateinamerika eine große Besorgnis über die europäische Politik der Union im Bereich der Einwanderung gibt, und in Erwägung der Notwendigkeit, zu Abkommen zu gelangen, die die legitimen Interessen der europäisch-lateinamerikanischen Partner bei einem so sensiblen Thema berücksichtigen, einschließlich der Anerkennung gleicher Rechte für alle lateinamerikanischen Einwanderer im Gebiet der Europäischen Union und der Nichtkriminalisierung der illegalen Einwanderung,
- L. in der Erwägung, dass nach einer vor kurzem veröffentlichten Studie der Organisation iberamerikanischer Staaten und der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) 55 Mrd. EUR an Haushaltsmitteln notwendig sind, um in 10 Jahren, zwischen 2011 und 2021, die Bildungsziele 2021 zu erreichen, wodurch die bestehenden enormen Ungleichheiten und der Analphabetismus beseitigt werden sollen, unter dem immer noch 32 Millionen Menschen leiden, sowie sicherzustellen, dass 15 Millionen Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die immer noch keine Schule besuchen, zur Schule gehen können, leistungsfähige und effiziente Systeme der beruflichen Fortbildung zu schaffen, die es derzeit nicht gibt, und die Bedingungen für den Zugang zu Hochschulen entscheidend zu verbessern,
1. sagt als parlamentarischer Arm der biregionalen strategischen Partnerschaft zu, dazu beizutragen, dass das nächste Gipfeltreffen von Madrid zu einem greifbaren und überprüfbareren Erfolg für die Menschen und die Bürger der verschiedenen Länder wird, die zur strategischen Partnerschaft gehören; begrüßt die Tatsache, dass die Europäische Kommission ihre Mitteilung vom 30. September 2009 vorgelegt hat, mit der Empfehlungen im Zusammenhang mit einer EU-LAK-Partnerschaft von Global Players ermittelt, bewertet und abgegeben werden sollen;
 2. bekräftigt seine Überzeugung, dass die Unterstützung der verschiedenen Prozesse der regionalen Integration in Lateinamerika in ihren verschiedenen und asymmetrischen Ausgestaltungen und insbesondere UNASUR weiterhin ein Grundprinzip der strategischen Partnerschaft sein muss, weswegen die Beibehaltung eines biregionalen Ansatzes bei den Beziehungen, durch den der Vorrang der strategischen Partnerschaft gewährleistet wird, der beste Weg zur Sicherstellung der Werte und Interessen der Partner und zur Stärkung des Multilateralismus ist;
 3. betont – auf der Grundlage der erfolgreichen europäischen Erfahrungen –, dass die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts zusammen mit der Unterstützung der Interkonnektivität und dem Ausbau der Infrastrukturen in Lateinamerika weitere vorrangige Themen der strategischen Partnerschaft sind;
 4. hält es für unverzichtbar, eine globale strategische Vision für die Partnerschaft beizubehalten, durch die als letztendliches Ziel die Einrichtung einer Europäisch-Lateinamerikanischen Zone umfassender interregionaler Partnerschaft bis etwa 2012 in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Handel, Soziales und Kultur angestrebt wird, wodurch eine nachhaltige Entwicklung beider Regionen gewährleistet wird;

5. empfiehlt deshalb, die Möglichkeiten möglichst weit gehend zu nutzen, die sich durch die Anwendung der bestehenden Assoziierungsabkommen (mit Chile und Mexiko), durch die verschiedenen bestehenden bilateralen Kooperationsabkommen, durch die neuen strategischen Partnerschaften (mit Brasilien und Mexiko) und durch den geplanten hochrangigen politischen Dialog mit Argentinien bieten, ohne die erwähnte umfassende strategische Vision aus den Augen zu verlieren;

Ein politischer und strategischer Dialog im Rahmen der Partnerschaft, der besser abgestimmt, konkreter und intensiver ist

6. schlägt dem Gipfeltreffen vor, eine Europäisch-Lateinamerikanische Charta für Frieden und Sicherheit zu verabschieden, die auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des damit zusammenhängenden Völkerrechts gemeinsame Strategien und politische und sicherheitspolitische Leitlinien umfasst, um die gemeinsamen Bedrohungen zu meistern, mit denen sich die Partner der biregionalen strategischen Partnerschaft konfrontiert sehen; legt dem Gipfeltreffen hierfür den Text der Charta vor, der seiner Entschließung vom 8. April 2009 als Anlage beilag;
7. empfiehlt, bei dem biregionalen politischen Dialog folgenden Themen Vorrang einzuräumen:
 - a) der *Abstimmung der Standpunkte in den Bereichen Politik, Makroökonomie und Finanzen innerhalb der Vereinten Nationen, der G20* und anderen in diesen Bereichen relevanten Foren in einer Weise, dass beide Regionen eine Führungsrolle erhalten, die ihren mehr als 1,1 Milliarden Einwohnern und ihrer Repräsentanz entspricht, denn sie stellen immerhin ein Drittel der Mitglieder der Vereinten Nationen und der G20;
 - b) der *Abstimmung der Standpunkte in verschiedenen Foren des Dialogs über Umwelt und Klimawandel*, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen und des Klima-Abkommens, das im Dezember 2009 in Kopenhagen geschlossen werden soll, was die Fortführung der Ministertagungen der Umweltminister beider Regionen nach der ersten dieser Tagungen, die im März 2008 in Brüssel stattfand, erfordert;
 - c) der *Vertiefung des Dialogs über Migration im europäisch-lateinamerikanischen Raum* zwischen den europäischen Zielländern der Einwanderung und den Herkunfts- und Transitländern, indem hierfür der strukturierte Dialog fortgesetzt wird, der auf dem letzten Gipfeltreffen in Lima beschlossen und praktisch auf der Tagung vom 30. Juni 2009 aufgenommen worden ist;
 - d) der *Vertiefung des Dialogs über Energie, Energieversorgung und Energieeinsparung*, wobei den erneuerbaren Energien und der Energiesicherheit besondere Bedeutung beizumessen ist;
8. empfiehlt auch die Intensivierung des biregionalen politischen Dialogs über folgende Themen:
 - a) die weitere Veranstaltung der *Gipfeltreffen EU-LAK* im Zweijahresrhythmus, die Festlegung durch die Gipfeltreffen von konkreteren und besser überprüfbareren Zielen sowie der Aktionspläne und Instrumente, die notwendig sind, um die gesteckten Ziele zu erreichen; empfiehlt die Harmonisierung der Organisation, der Struktur, der Arbeitsmethoden und -rhythmen des Systems der Gipfeltreffen im Hinblick auf eine Stärkung der Kohärenz, Effektivität und Transparenz;

- b) die Umwandlung der Ministertagungen der Rio-Gruppe und des Dialogprozesses von San José in gemeinsame Entscheidungstreffen in den Zeiträumen zwischen den Gipfeltreffen in Abstimmung mit den Themen und Tagesordnungen der Gipfeltreffen und anderen aktuellen Themen, deren politische Bedeutung dies erfordert;
 - c) die *Eingliederung des politischen Dialogs auf Ministerebene* in regelmäßige Treffen mit der Union südamerikanischer Nationen (*UNASUR*), mit der Organisation amerikanischer Staaten (*OAS*) und mit den *Iberoamerikanischen Gipfeltreffen*;
 - d) die Öffnung zu *neuen Dreiecksansätzen EU-LAK-USA, EU-LAK-Asien und EU-LAK-Afrika* hinsichtlich all derjenigen Themen, Gebiete und gemeinsamen Interessen, die dies rechtfertigen, und insbesondere Fortschritte bei der Gestaltung eines *euro-atlantischen Raums*, der aus den Vereinigten Staaten, Lateinamerika und der Europäischen Union besteht und der einen „Neuen Westen“ darstellt, der in der Lage ist, in höherem Maße auf die globale Agenda und auf die Zielsetzungen, Herausforderungen und Chancen Einfluss zu nehmen, die sich daraus ergeben;
 - e) die Ausweitung des *politischen Dialogs der Fachminister*, um regelmäßige Ministertagungen der Verteidigungsminister oder ihrer Vertreter in einer Weise einzubeziehen, dass Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit regelmäßig und auf höchster Ebene von den Partnern geprüft werden;
 - f) die Einleitung eines Prozesses für einen ernsthaften Dialog im Bereich Wissenschaft und Technik, um einen echten „*EU-LAK-Raum der Innovation und des Wissens*“ aufzubauen;
 - g) die *Vertiefung des Dialogs über Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum* mit besonderem Schwerpunkt auf der Beschäftigung junger Menschen, auf der Angleichung der Lohnbedingungen, auf dem Netz des sozialen Schutzes und auf menschenwürdiger Arbeit;
 - h) die *Intensivierung des Dialogs über Fiskalpolitik* mit dem Ziel der Erreichung höherer und gerechterer Steuereinnahmen, wodurch wiederum die Erhöhung der Sozialausgaben ermöglicht wird;
 - i) die *Stärkung der direkten Legitimität aller regionalen Integrationsparlamente*, indem darauf hingewirkt wird, dass so rasch wie möglich allgemeine und direkte Wahlen der Vertreter derselben durchgeführt werden;
9. unterstützt in diesem Zusammenhang die Gründung der öffentlich-privaten *Stiftung Europa-Lateinamerika/Karibik*, deren Hauptziele darauf gerichtet sein sollten, zur Vorbereitung der Gipfeltreffen sowie der Weiterbehandlung der Beschlüsse und politischen Leitlinien, die dort beschlossen werden, beizutragen und als Forum für den Dialog und die Koordinierung in den Zeiträumen zwischen den Gipfeltreffen für sämtliche politischen, institutionellen und akademischen Akteure sowie für die Akteure der Zivilgesellschaft zu dienen, die sich mit der Stärkung der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen befassen;
10. schlägt als Leitlinien für diese *Stiftung Europa-Lateinamerika/Karibik* Folgendes vor:
- a) eine schlanke und flexible Organisationsstruktur, die die öffentlich-private Natur der Stiftung sowie ihre freiwillige und paritätische Zusammensetzung widerspiegelt und einen Verwaltungsrat umfasst, der die Aufgabe hat, die Leitlinien und Grundsätze für die Arbeit der Stiftung festzulegen, in der die an der Stiftung teilnehmenden

europäischen und lateinamerikanischen Staaten und Institutionen vertreten sind, einschließlich der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika;

- b) ein Haushalt, der zwar begrenzt ist, der aber ausreicht, um die übertragenen Aufgaben ordnungsgemäß wahrzunehmen, und der aus einem Finanzierungssystem stammt, das von Beiträgen aus den teilnehmenden Staaten, die Mitglieder der Union sind, den lateinamerikanischen Staaten, die Mitglieder der Stiftung sind, aus dem Haushalt der Europäischen Union und aus eigenen Mitteln gespeist wird, die die Stiftung selbst erwirtschaftet oder die ihr von öffentlichen oder privaten Sponsoren, die einen Bezug zum europäisch-lateinamerikanischen Raum aufweisen, zur Verfügung gestellt werden;
- c) die Schaffung von engen und flüssigen Beziehungen im Rahmen der Stiftung zwischen den verschiedenen Regierungs- und Parlamentsbereichen, die mit den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Amerika in verschiedenen Foren (Gipfeltreffen EU-LAK, Iberoamerikanische Gipfeltreffen, Iberoamerikanisches Generalsekretariat (SEGIB), Rio-Gruppe, San José-Gruppe, Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika usw.) befasst sind, den akademischen Bereichen (CELARE, Instituto de Altos Estudios para la Integración y el Desarrollo Legislativo (IDL) usw.) und der organisierten Zivilgesellschaft (Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU, wirtschaftliche und soziale Konsultativforen des Mercosur, Andengemeinschaft, Centroamérica usw.) sowie der nicht organisierten Zivilgesellschaft auf eine Weise, dass die Synergien der verschiedenen Akteure koordiniert und genutzt werden können und die Verdopplung der Ressourcen vermieden wird;
- d) die befristete oder endgültige Übertragung einer Reihe von Aufgaben auf die Stiftung, die wegen ihres monographischen und horizontalen Charakters und wegen ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung besser von der Stiftung als einem Organ wahrgenommen werden können, das als Katalysator und Motor für die Ressourcen fungiert, über die verschiedenen Akteure, aus denen es sich zusammensetzt, verfügen, wie etwa:
 - I. die Aufgaben einer *Beobachtungsstelle für Migration im europäisch-lateinamerikanischen Raum*, die die Aufgabe hat, alle Fragen im Zusammenhang mit den Migrationsflüssen in diesem Raum ständig und genau zu verfolgen;
 - II. die Aufgaben eines *Biregionalen Zentrums für Konfliktverhütung*, um im Vorfeld zu ermitteln, worin die Ursachen potenzieller gewaltsamer und bewaffneter Konflikte bestehen und welches der beste Weg ist, solchen Konflikten vorzubeugen und eine etwaige Eskalation zu verhindern;
 - III. die Aufgaben eines *Biregionalen Zentrums für Katastrophenschutz*, das gemeinsame Strategien und Notfallpläne, Frühwarnrichtungen und Vorbeugemaßnahmen mit dem Ziel erarbeitet, die beiderseitige Anfälligkeit für Naturkatastrophen zu vermindern, die auf den Klimawandel und dessen verschiedene Folgeerscheinungen zurückgehen, einschließlich Vulkanausbrüche, Erdbeben und Überschwemmungen;

Ein globales Ziel für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

- 11. schlägt daher erneut vor, eine Europäisch-Lateinamerikanischen Zone umfassender interregionaler Partnerschaft auf der Grundlage eines mit dem „WTO-Regionalismus“ kompatiblen Modells einzurichten, das in zwei Phasen umgesetzt werden muss:

- a) einer ersten Phase, die gekennzeichnet ist durch:
- die Wiederaufnahme und den Abschluss der Verhandlungen über das *EU-Mercosur-Assoziationsabkommen* so bald wie möglich;
 - den Abschluss der Verhandlungen über das *EU-Mittelamerika-Assoziationsabkommens* und des *Handelsabkommens mit regionaler Perspektive zwischen der EU und der Andengemeinschaft*, über das derzeit Verhandlungen bilateraler Art geführt werden und das von einer *Revision und Ausweitung des Abkommens von 2003, das den politischen Dialog und die Zusammenarbeit umfasst*, begleitet sein könnte, jedes dieser verschiedenen Abkommen nach seinem eigenen Zeitplan und seinen eigenen Modalitäten, aber letztendlich fußend auf den drei gemeinsamen Säulen, die die biregionale strategische Partnerschaft kennzeichnen müssen, das heißt: ein politisches und institutionelles Kapitel, das die Mechanismen des Dialogs und der politischen Koordinierung stärkt; ein weiteres Kapitel über Zusammenarbeit, durch das die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung gefördert wird; sowie ein drittes Kapitel über Handel, das mit Programmen der schrittweisen und gegenseitigen Liberalisierung ausgestattet ist und das die Unterschiede hinsichtlich des Entwicklungsniveaus seiner jeweiligen Volkswirtschaften auf der Grundlage der Solidarität und der Komplementarität berücksichtigt;
 - eine Anwendung des *Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den CARIFORUM-Staaten*, die für beide Seiten Vorteile bietet;
 - die Tatsache, das die vorstehend erwähnten Assoziationsabkommen nicht an einen etwaigen Abschluss der Verhandlungen der WTO gekoppelt werden;
 - die wirksame Anwendung des APS-Plus-Systems auf die Länder der Andengemeinschaft und Mittelamerikas bis zum Inkrafttreten der genannten Abkommen;
 - den Ausbau der *bereits bestehenden Assoziierungsabkommen EU-Mexiko und EU-Chile* durch die Anwendung ihrer Evolutivklauseln in den Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungen und Investitionen, durch die Vertiefung des politischen Dialogs (einschließlich des neuartigen Rahmens der strategischen Partnerschaft EU-Mexico) und durch fortgeschrittene Formeln der Entwicklungszusammenarbeit (was im Falle Chiles zur „Assoziation für Entwicklung und Innovation“, die von diesem Land vorgeschlagen wurde, führen sollte);
- b) die zweite Phase, die etwa im Jahr 2012 abgeschlossen sein soll und in der Folgendes erreicht werden soll:
- das Erreichen eines *Globalen Interregionalen Assoziierungsabkommens*, das eine juristische und institutionelle Unterstützung sowie eine vollständige geografische Abdeckung der verschiedenen Bereiche der biregionalen strategischen Partnerschaft ermöglicht, und in dem *gemeinsame allgemeingültige Bestimmungen und Regeln* vorgesehen werden, die die Freizügigkeit von Personen sowie den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erleichtern und die über den Ausbau sowohl der Integrationsabkommen in Lateinamerika als auch des Assoziationsprozesses der Union mit den verschiedenen Ländern und regionalen Zusammenschlüssen zu einer möglichst umfassenden Partnerschaft führen;

- entscheidende Fortschritte bei der Erreichung der *Ziele des sozialen Zusammenhalts sowie der kulturellen und menschlichen Entwicklung*, die die Partnerschaft kennzeichnen müssen;

Eine engere Partnerschaft in den Bereichen sozialer Zusammenhalt, Interoperabilität und Entwicklungszusammenarbeit

12. begrüßt die Bemühungen im Bereich des sozialen Zusammenhalts, die in den letzten Jahren von der Europäischen Kommission, der BID, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank unternommen wurden, und empfiehlt die Erneuerung und Intensivierung der Programme EUROsociAL, URB-AL und EUrocLIMA;
13. hält es für unverzichtbar, die derzeitigen Mängel im Bereich der Infrastruktur in Lateinamerika zu beheben, die das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen, und die Interoperabilität der Region mit dem Ziel zu fördern, u. a. den interamerikanischen Handel zu fördern, der derzeit nur 6 % der Region ausmacht, wogegen in der EU 76 % des Handels zwischen ihren Mitgliedsstaaten abgewickelt wird; ist der Auffassung, dass hierfür die Unterstützung des öffentlichen Sektors, des privaten Sektors und der Finanzinstitutionen von entscheidender Bedeutung ist;
14. begrüßt deswegen die Investitionsfazilität für Lateinamerika (LAIF), die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde, als greifbaren Ausdruck des Engagements der Union für die Konsolidierung der regionalen Integration und der Interkonnektivität in Lateinamerika; nimmt zur Kenntnis, dass ein Betrag von 100 Millionen EUR bis zum Jahr 2013 zulasten des Haushalts vorgesehen ist, unbeschadet anderer möglicher zusätzlicher Beiträge und Beihilfen seitens der Mitgliedstaaten, wobei diese Fazilität als Katalysator und Motor für Ressourcen seitens anderer Finanzinstitutionen in drei sehr wichtigen Bereichen dienen sollte: Interkonnektivität und Infrastrukturen, sozialer Sektor und Umweltsektor – einschließlich des Klimawandels – sowie Wachstum des privaten Sektors, insbesondere der KMU;
15. fordert erneut, zu einer echten Partnerschaft in den Bereichen Soziales, Wissen und Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung durch Maßnahmen zu gelangen, wie:
 - entschlosseneren Aktionen zur Erreichung des gemeinsamen Ziels der Übereinstimmung mit den Millenniums-Entwicklungszielen bis zum Jahr 2015, wofür die neuen Möglichkeiten der Süd-Süd- und dreiseitigen Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Regionen genutzt werden sollten;
 - die Überwindung eines ausschließlich auf Hilfe und Unterstützung ausgerichteten Konzepts in der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika und dem Übergang zu einer Konzentration der Finanzmittel im Rahmen des Instruments für Entwicklung und Zusammenarbeit (DCI) auf die ärmsten Länder und die schwächsten Bevölkerungsgruppen;
 - die Einrichtung neuer Formen der Zusammenarbeit mit den Schwellenländern und den Ländern mit mittlerem Einkommen in Lateinamerika über das Finanzierungsinstrument für Industriestaaten (ICI+) durch die Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Hochschulbildung, Wissenschaft und Innovation, erneuerbare Energien, Bekämpfung des Klimawandels usw.;

- einem stärkeren Einsatz des Stabilitätsinstruments der Union, um Programme zur Unterstützung der demokratischen Stabilität, der Politikgestaltung, des institutionellen Rahmens und der Konfliktverhütung in Ländern, die dies brauchen und anfordern, durchzuführen und zu finanzieren;
16. bekräftigt seine Unterstützung für den Aufbau des „gemeinsamen Hochschulraums EU-LAK“ sowie für die Vertiefung des Dialogs in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Hochschulbildung, Technologie und Innovation, was von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde;
 17. betont, wie wichtig es ist, den Dialog im bilateralen Bereich mit den verschiedenen Ländern Lateinamerikas über solide und wirkungsvolle politische Maßnahmen auf den Gebieten demokratische Regierungsführung, soziale Angelegenheiten, öffentliche Finanzen und Steuergesetzgebung mit dem Ziel der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Verringerung von Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung zu intensivieren;
 18. schlägt erneut vor, bis etwa zum Jahr 2012 gemeinsame allgemeingültige Bestimmungen und Regeln zu prüfen, um den freien Verkehr nicht nur von Waren, Dienstleistungen und Kapital, sondern auch von Personen zu fördern und so eine möglichst umfassende Partnerschaft zum gegenseitigen Vorteil und mit einem globalen Ansatz zu entwickeln, wie er im Rahmen der Vereinten Nationen im Bereich Migration befürwortet wird;
 19. betont den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Nutzen sowohl für die Herkunftsländer als auch für die Zielländer im europäisch-lateinamerikanischen Raum, der sich aus einer geordneten Migration, bei der die Menschenrechte beachtet werden, ergibt; bekräftigt die Bedeutung des strukturierten biregionalen Dialogs, der im Juni 2009 aufgenommen wurde, und verweist auf die Schlussfolgerungen und Vorschläge des Gipfeltreffens, die von der Arbeitsgruppe der Versammlung über Migration in den Beziehungen EU-LAK ausgearbeitet wurden;
 20. empfiehlt die Intensivierung des Mechanismus für die Bildung und den interparlamentarischen Austausch, das derzeit über das Finanzierungsinstrument für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte funktioniert, das von der Union im Dezember 2006 eingerichtet wurde, um die Aus- und Weiterbildung der Verwaltungen, Beamten und Bediensteten der regionalen und nationalen parlamentarischen Instanzen der strategischen Partnerschaft zu verbessern;

*

* *

21. beauftragt ihre Ko-Präsidenten, diese Entschließung der Präsidentschaft des sechsten Gipfeltreffens EU-LAK, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission, der Gruppe Hoher Beamter EU-LAK sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und aller Länder Lateinamerikas und der Karibik, dem Lateinamerikanischen Parlament, dem Mittelamerika-Parlament, dem Andenparlament und dem Parlament des Mercosur zu übermitteln.

*

* *